



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder der Senioren-Union in der CSU,

seit dem letzten SENetz haben wir schon wieder viel zu berichten und wichtige Themen zu besprechen. Am 11. März dieses Jahres hat in der CSU-Landesleitung ein großer



gemeinsamer Pflegekongress von CSA, GPA und SEN stattgefunden. Zusammen mit Dr. Christian Alex als Vorsitzendem der Arbeitsgruppe Gesundheit und Pflege, weiteren Mitgliedern des Landesvorstandes und zahlreichen Kreisvorsitzenden haben wir die SEN auf dem Kongress stark vertreten. Gemeinsam haben wir deutlich gemacht, dass die Zahl der im Freistaat lebenden pflegebedürftigen Menschen wächst. Das hat weitreichende Konsequenzen, denn

daraus resultiert ein stark ansteigender Bedarf an Pflegediensten, Pflegeheimen, Pflegeplätzen und nicht zuletzt an Pflegepersonal. Als SEN wollen wir uns bei diesem Thema intensiv und konstruktiv einbringen, denn hauptsächlich sind es die älteren Menschen, die von Pflege betroffen sind.

Fünf Tage später hat der SEN-Landesvorstand in Fürth getagt, um sich im Ludwig Erhard Zentrum (LEZ) der Sozialen Marktwirtschaft zu widmen, deren Einführung nach dem Zweiten Weltkrieg das sog. Wirtschaftswunder und unseren Wohlstand über viele Jahrzehnte ermöglicht hat. Diese Chance müssen wir für unsere Kinder und Kindeskiner unbedingt erhalten.

Von weitreichender Bedeutung ist leider die aktuelle Entscheidung der Bundesregierung, das Wahlrecht zu ändern. Dieses Ampel-Wahlrecht ist ein Wahlrecht von der Ampel für die Ampel und nimmt bayerischen Bürgerinnen und Bürgern das Recht, zu entscheiden, wer sie in ihrem Wahlkreis vertreten soll. Das darf so nicht stehen bleiben. Wir als CSU müssen und werden gegen dieses Wahlrecht vor dem Bundesverfassungsgericht klagen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine gute Zeit und verbleibe mit herzlichen Grüßen

Ihr

Franz Meyer
SEN-Landesvorsitzender

Presseinformation

02.03.2023

Rechtsgutachten zur Cannabis Legalisierung in der EU wird begrüßt

Senioren Union der CSU setzt auf ein europäisches Verbot der Cannabis Legalisierung

Die Senioren-Union der CSU (SEN) begrüßt das Gutachten, nach dem sowohl völkerrechtliche Verbotsvorgaben als auch das Europarecht eine Cannabis-Legalisierung, wie sie die Bundesregierung vorsieht, nicht zulässt. „Bayern muss an seiner strikten Drogenpolitik festhalten und weiter die Cannabis-Legalisierung verhindern“, fordert Franz Meyer, Landesvorsitzender der Senioren-Union. „Wir begrüßen das Ergebnis des vom Bayerischen Gesundheitsminister Holetschek jetzt vorgestellten Rechtsgutachtens. Darin wurde festgestellt, dass die von der Bundesregierung betriebene Freigabe der Cannabis-Nutzung nach europäischem Recht nicht möglich ist. Wir sind tief davon überzeugt, dass es angesichts der gesundheitlichen Schäden durch Cannabis-Nutzung und der Effekt einer Einstiegsdroge eine Cannabis-Legalisierung nicht kommen darf“, erklärt SEN-Vorsitzender Franz Meyer.

„Nachdem das europäische Recht, so zeigt es das Gutachten ganz eindeutig, die Freigabe der Cannabis-Nutzung über medizinische Notwendigkeiten hinaus nicht zulässt, muss die Bundesregierung ihre Position überdenken“, unterstreicht Dr. Christian Alex, Sprecher des Arbeitskreises Gesundheit und Pflege in der Senioren-Union der CSU. „Die negativen Folgen des Cannabiskonsums werden durch die Bundesregierung verharmlost. Der Schutz der Kinder und Jugendlichen muss Vorrang haben. Deshalb werden wir weiterhin die gravierenden Schäden der Cannabis-Nutzung von Atemwegserkrankungen bis zu Gehirnentwicklungsstörungen bei Jugendlichen herausstellen.“

Ende

Presseerklärung

17.03.2023

Gemeinsamer Pflegekongress von CSA, GPA und SEN

Staatsminister Holetschek fordert von Bundesregierung rasche Pflegereform

Zum gemeinsamen Pflegekongress hatten die drei CSU-Arbeitsgemeinschaften Senioren- Union (SEN), Arbeitnehmer-Union (CSA) sowie der Gesundheits- und Pflegepolitische Arbeitskreis (GPA) eingeladen. Selten war ein Kongress von so starkem Engagement, persönlicher Betroffenheit und Willen zur Verbesserung der Situation getragen wie dieses Treffen in der CSU-Landesleitung. In seiner Begrüßung betonte der CSA-Landesvorsitzende Dr. Volker Ullrich, MdB: „Das Thema Pflege ist in die DNA der CSU eingeschrieben, denn es geht um das christliche Menschenbild und die soziale Verantwortung in unserem Land.“ Der GPA-Landesvorsitzende Bernhard Seidenath, MdL stellte in seinem Grußwort die dramatische Situation in der Pflege dar, machte aber gleichzeitig auch auf die vielen Initiativen und Maßnahmen der CSU aufmerksam. Die CSU-Landtagsfraktion unterstützt unter anderem die Einrichtung von Springerpools in der Pflege, die Schaffung einer Pflegepädagogen-prämie sowie die Rückgewinnung von Pflegekräften. Weiterhin wies der Vorsitzende auf die vorhandenen GPA-Positionspapiere „Wege aus dem Fachkräftemangel“ und „Vorschläge zur Pflegestrukturereform“ hin (abrufbar unter: <https://www.csu.de/partei/parteiarbeit/arbeits-kreise/gpa/gpa-positionen/>).

Pflegende Angehörige

Unter der Leitung des GPA-Ehrenvorsitzenden und Leiter der SEN-AG Gesundheit und Pflege, Dr. med. Christian Alex, diskutierten die Abgeordnete Emmi Zeulner, MdB, die Vorsitzende der pflegenden Angehörigen e.V., Kornelia Schmid, und der Leiter des Landesamts für Pflege, Achim Uhl, das Thema „Ambulante Pflege & Pflegende Angehörige – Wie können wir den wachsenden Herausforderungen begegnen?“. Dr. Alex fasste wie folgt zusammen: „70 bis 80 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause durch Angehörige gepflegt. Dabei sind die Betroffenen oft auf sich allein gestellt, sei es finanziell, sei es bei der Beratung oder anderen Hilfestellungen.“

Trotz einer zunehmenden Zahl von Pflegebedürftigen gibt es immer weniger ambulante Pflegedienste, weil sie kein Personal finden. Nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auch die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf muss in Gesellschaft und Politik endlich einen höheren Stellenwert bekommen, der sich beispielsweise auch in der Rente auswirkt. Es ist nicht fünf vor zwölf, sondern mindestens zwölf, wenn nicht sogar nach zwölf. Die Uhr bleibt nicht stehen.“

Stationäre Pflege

Das zweite Panel befasste sich mit dem Thema „Stationäre Pflege – Wege aus dem Fachkräftemangel“. Der Präsident der Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB), Georg Sigl-Lehner, wies darauf hin, dass 10 Prozent der stationären Plätze wegen Personalmangels nicht besetzt werden könnten. Eine Auslastung von 95 Prozent sei für die Wirtschaftlichkeit eines Pflegeheimes aber notwendig. Der eklatante Personalmangel könne auch nicht im Ansatz durch Anwerbungen im Ausland abgefangen werden. Staatsministerin a.D. Christa Stewens und Erich Irlstorfer, MdB bestätigten die dramatische Entwicklung. „Wir laufen auf eine humanitäre Katastrophe zu, wenn sich nichts ändert“, so der Moderator und GPA-Landesvorsitzende Bernhard Seidenath, MdL.

Staatsminister Holetschek fordert rasche Pflegereform

Höhepunkt des Pflegekongresses war die Rede von Staatsminister Klaus Holetschek. Der Bayerische Gesundheitsminister nannte konkrete Vorschläge, wie Verfahren beschleunigt und bürokratische Fehlentwicklungen abgebaut werden könnten. Er betonte: „Für mich ist der Pflegekongress eine begrüßenswerte Initiative.“ Holetschek sagte zu, bei weiteren Veranstaltungen dieser Art in den Regierungsbezirken zur Verfügung zu stehen. Zugleich forderte er die Bundesregierung auf, rasch für eine echte Pflegereform zu sorgen: „Die Herausforderungen sind enorm: Wir müssen die Pflege attraktiver machen und die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte auch in der Langzeitpflege verbessern. Attraktive Arbeitsbedingungen kann es nachhaltig nur in einem solide finanzierten System geben.“

Abschließend betonte der SEN-Landesvorsitzende Franz Meyer: „Unser Leitbild ist die Würde des Menschen. Das gilt für Pflegebedürftige ebenso wie für pflegende Angehörige und beruflich Pflegenden. Strukturelle Probleme müssen benannt und mit geeigneten Maßnahmen an den richtigen Stellschrauben gelöst werden. Deshalb findet Staatsminister Holetschek die volle Unterstützung der Senioren-Union.“

Presseinformation

28.03.2023

Landesvorstand der Senioren-Union tagt im Ludwig Erhard Zentrum in Fürth

Die Leistungsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft verteidigen

Bei der letzten Landesvorstandssitzung der Senioren-Union der CSU wurde der Tagungsort Ludwig Erhard Zentrum in Fürth zur Bestandsaufnahme, Würdigung und für Ideen zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft genutzt. „Als Wirtschaftssystem, das die Prinzipien der Marktwirtschaft mit den sozialen Aspekten verbindet, hat die soziale Marktwirtschaft in den letzten 70 Jahren zu Deutschlands Wohlstand, Stabilität und sozialer Sicherheit geführt. Heute besteht die Gefahr, dass aus Unverständnis für ihre Grundfunktionen Wirkungsweise und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft gefährdet werden“, fasste Franz Meyer, Landesvorsitzender der Senioren-Union (SEN), die Bewertung zusammen.

„Gerade die ältere Generation hat von der sozialen Marktwirtschaft profitiert, weil ein hohes Maß an sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Teilhabe durch diese Wirtschaftsordnung erreicht wurde. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass auch in Zukunft die soziale Marktwirtschaft mit ihrem Gleichgewicht von ökonomischen, sozialen und ökologischen Zielen die leistungsfähige Wirtschaftsordnung in Deutschland bleibt“, führte Franz Meyer weiter aus.

Beim Besuch des Landesvorstands der Senioren-Union im Nürnberger Ludwig Erhard Zentrum ging es nicht nur um die Würdigung des Vaters des Wirtschaftswunders, sondern um die grundsätzlichen Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, mit denen Erhard Deutschland zu Freiheit und Wohlstand für alle führte. Dazu diente das Kennenlernen des Ludwig Erhard Zentrums in Fürth mit dem Geburtshaus Ludwig Erhard und einem markanten Neubau, die zusammen ein einzigartiges Dokumentations-, Ausstellungs-, Forschungs- und Begegnungszentrum bilden.

In einem Vortrag stellte Professorin Sara Necker, die Direktorin des Ludwig Erhard Ido-Zentrums für soziale Marktwirtschaft und Institutionenökonomie, Studien zur Wahrnehmung der sozialen Marktwirtschaft vor. Wie sie aufzeigte, werden die Leistungen der sozialen Marktwirtschaft von der Bevölkerung durchgängig positiv aufgenommen. Nur Anhänger von politischen Parteien am Rande des Demokratespektrums stünden der sozialen Marktwirtschaft kritisch und ablehnend gegenüber. Das zeigte sich auch bei der Frage der Assoziationen, die die deutsche Bevölkerung mit der sozialen Marktwirtschaft verbindet. Dass die Begriffe Effizienz, soziale Absicherung und Fairness die meistgenannten Assoziationen sind, zeige, dass die Wirkung der Wirtschaftsordnung und ihre Vorteile von der Bevölkerung realistisch und positiv wahrgenommen werden.

„Wie jedes Ordnungssystem, muss auch die soziale Marktwirtschaft an die heutigen Gegebenheiten angepasst und weiterentwickelt werden“, erklärt Franz Meyer zum Abschluss der Bestandsaufnahme. „Es gibt notwendige Ansätze zur Anpassung, beispielsweise sind die Themen der Nachhaltigkeit und der Digitalisierung im ursprünglichen Konzept der sozialen Marktwirtschaft nicht berücksichtigt. Ebenso sind im Bereich Arbeitsmarkt und Steuerpolitik Weiterentwicklungen notwendig, Fehlentwicklungen werfen Fragen zur sozialen Gerechtigkeit auf“.

Besonders kritisch setzte sich Franz Meyer mit dem Verhalten der Ampel-Bundesregierung in Bezug auf die Soziale Marktwirtschaft auseinander: „Wir erleben, dass man in Berlin die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft für selbstverständlich hinnimmt. Die Grundprinzipien der Wirtschaftsordnung, die zu Wohlstand und sozialer Sicherheit geführt haben, werden aber immer mehr mit dirigistischen Eingriffen unterlaufen. Hier muss an Ludwig Erhard erinnert werden: er hat sich vehement dagegen ausgesprochen, dass der Staat zu viel in die Marktwirtschaft eingreift. Der von ihm geschaffene Ordnungsrahmen muss weiterhin von der Politik beachtet werden, wenn wir auch in Zukunft die Vorteile der sozialen Marktwirtschaft für alle in Deutschland, vor allem auch für die ältere Generation, nutzen wollen.“

DAS NEUE AMPEL-WAHLRECHT SCHADET UNSERER DEMOKRATIE UND BAYERN:

Das Ampel-Wahlrecht ist ein Wahlrecht von der Ampel für die Ampel.

Es stellt die repräsentative Demokratie in Deutschland auf den Kopf. Wer zukünftig im Bundestag sitzt, entscheiden die Parteizentralen und nicht mehr Basis und Bürger vor Ort. Die Ampel peitscht ein verfassungswidriges Wahlrecht durchs Parlament, das eindeutig gegen die Opposition gerichtet ist. Im Deutschen Bundestag gibt es aktuell drei Oppositionsfraktionen – und zwei davon werden von diesem Gesetz strukturell benachteiligt. Das ist eine Respektlosigkeit gegenüber den Wählern, den Oppositionsparteien und der Demokratie an sich.

Das Ampel-Wahlrecht nimmt bayerischen Bürgerinnen und Bürgern das Recht, zu entscheiden, wer sie in ihrem Wahlkreis vertreten soll.

Das neue Wahlrecht entwertet die Bürgerstimme für den örtlichen Direktkandidaten (Erststimme). Es bricht mit der Selbstverständlichkeit, dass der Wahlsieger, der in einem Wahlkreis die meisten Stimmen erzielt, in den Bundestag einzieht.

Das Ampel-Wahlrecht schafft die seit 1949 geltende Grundmandatsklausel ab und schwächt regionale und föderale Repräsentation.

Bisher gibt es zwei Möglichkeiten, als Partei in den Bundestag einzuziehen: mehr als 5 % der Zweitstimmen oder mindestens drei Wahlkreise gewinnen (Grundmandatsklausel). Die Grundmandatsklausel ist Ausdruck des Föderalismus und der Regionalität unseres Landes. Das schafft die Ampel jetzt ab. **Dadurch kann es sein, dass eine Partei, selbst wenn sie alle Wahlkreise in einem Bundesland gewinnt, nicht mehr in den Bundestag einzieht, weil sie bundesweit nicht über 5 % liegt.** Die CSU übrigens hat noch nie von der Grundmandatsklausel Gebrauch gemacht, weil sie bundesweit immer über der 5 %-Hürde lag. Der Vorschlag der Ampel für eine gemeinsame Liste mit unserer Schwester CDU ist schlicht verfassungswidrig. Wir bilden zusammen eine starke Union, erhalten dabei aber selbstverständlich unsere Eigenständigkeit.

Das Ampel-Wahlrecht ist mit Bayerns Wahlrecht nicht vergleichbar.

Das bayerische Wahlrecht ist mit dem Ampel-Wahlrecht nicht zu vergleichen.

Denn: Bei der bayerischen Landtagswahl werden Erst- und Zweitstimme zusammengezählt. Aus der Zusammenrechnung ergibt sich die Sitzverteilung für den Landtag. Damit beeinflusst der Direktkandidat erheblich mit seinen persönlichen Stimmen den Gesamterfolg seiner Liste – anders als bei der Bundestagswahl, bei der die Stimmenzahl der Erststimme keinen Einfluss auf die Listenstimmen hat. Erst- und Zweitstimme können somit in Bayern nicht separat betrachtet werden. Im Bund dagegen ist die Zweitstimme entscheidend für die Sitzverteilung.

Die Ampel setzt auf Bürokraten statt Demokraten.

Sie behauptet, durch die Wahlrechtsreform Kosten einsparen zu wollen. **Gleichzeitig schafft sie aber so viele Stellen beim Staat wie nie zuvor** und kreiert so einen echten Ampel-Blähstaat. Der **neue Rekord bei den Mitarbeitern** mit 30.000 Stellen sowie bei den 37 Parlamentarischen Staatssekretären und 168 neue Top-Beamte mit Spitzenbesoldung **verursachen jährlich zusätzlich 50 Mio. Euro an Kosten.** Das zeigt: **Der Ampel geht es nicht ums Sparen, sondern um ihren Vorteil.**

**KLAR IST:
BAYERN UND WIR ALS CSU
WERDEN GEGEN DAS
AMPEL-WAHLRECHT VOR DEM
BUNDESVERFASSUNGSGERICHT
KLAGEN.**